

Es informiert Sie	Nadine Birkenstock
Telefon (0202)	+49 202 563 2760
Fax (0202)	+49 202 563 8548
E-Mail	Betriebsausschuss.gmw@gmw.wuppertal.de
Datum	10.07.2018

---

## **Niederschrift**

### **über die Sondersitzung des Betriebsausschusses Gebäudemanagement (SI/0349/18) am 03.07.2018**

Anwesend sind:

#### **Vorsitz**

Frau Renate Warnecke ,

#### **von der CDU-Fraktion**

Herr Ralf Geisendörfer , Herr Thomas Hahnel-Müller , Herr Michael Hornung ,

#### **von der SPD-Fraktion**

Herr Ioannis Stergiopoulos ,

#### **von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Frau Bettina Brücher , Herr Oliver Graf ,

#### **von der Fraktion DIE LINKE**

Frau Susanne Herhaus ,

#### **von der FDP-Fraktion**

Frau Gabriele Röder ,

#### **Arbeitnehmervertreter/Ausschussmitglied**

Herr Peter Damaschke , Herr Frank Heinecke , Frau Monika Kemper , Herr Stefan Tent , Herr Peter Wirz ,

**berat. Mitglied § 58 I GO NRW**

Frau Monika Rena ,

**Vertreter/innen der Verwaltung**

Herr Dirk Baumer , Herr Dr. Hans-Uwe Flunkert , Herr Bernhard Gorgs , Frau Sylvia Hübler , Herr Thomas Sandkaulen , Herr Dr. Johannes Slawig

Schriftführer / in:

Nadine Birkenstock

Beginn: 15:03 Uhr

Ende: 16:05 Uhr

## I. Öffentlicher Teil

Die Vorsitzende Stv. Warnecke begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass die Neufassung der zu behandelnden Drucksache vorliege. Sie äußert Ihre Verwunderung über die erneute Behandlung des Themas zu diesem Zeitpunkt und übergibt das Wort an Herrn Dr. Slawig.

Der Kämmerer dankt für die Einberufung der Sondersitzung und entschuldigt die Kurzfristigkeit der Drucksache. Er erläutert, dass die Einholung der Vorabaussage zur Genehmigungsfähigkeit bei der Bezirksregierung mehr Zeit in Anspruch genommen habe als erwartet.

Er führt aus, dass seit Vorlage der ersten Fassung der Drucksache zwei Themenbereiche besonders erörtert worden seien:

Hinsichtlich der Frage ob die neue Tochtergesellschaft sich zu Lasten des Handwerks auf dem Markt betätige, habe es ein Gespräch zwischen ihm, Herrn Feicht (Vorstandsvorsitzender der WSW Energie & Wasser AG), Herrn Krüger (Kreishandwerksmeister der Kreishandwerkerschaft Solingen-Wuppertal) und Herrn Niederlehner (Hauptgeschäftsführer der Kreishandwerkerschaft Solingen-Wuppertal) gegeben. Hierin sei verdeutlicht worden, dass die neue Tochtergesellschaft eine neue Organisationsform sei, die ausschließlich für den Eigenbedarf der Stadtverwaltung und des Gebäudemanagements Wuppertal (GMW) agiere.

Der weiteren Sorge, dass dem Handwerk Kräfte abgeworben werden könnten, sei man mit der Aussage begegnet, dass man eigene Fachkräfte innerhalb der Stadtverwaltung und des GMW ausbilde.

Des Weiteren habe er mit Herrn Dr. Flunkert und dem GMW-Personalrat die Frage besprochen warum diese Entscheidung so plötzlich getroffen werden solle und wie sich die tarifrechtlichen Beschäftigungsbedingungen für die GMW-Mitarbeiter verändern würden.

Es sei kurzfristig nötig die bisherige Vertragskonstruktion zur Stromversorgung neu zu fassen, da die bisher für die Versorgung genutzte Kraftwerksscheibe in Elberfeld stillgelegt worden sei. Die Stadtverwaltung und das GMW sollten jedoch weiterhin mit Strom und Gas durch die WSW beliefert werden.

Die Zusammenführung der Werkstätten bei WSW und GMW solle ohne finanziellen Nachteil für die Mitarbeiter/-innen erfolgen.

Die Mehrbelastung durch anfallende Umsatzsteuer sowie durch die Zuordnung des Personals zu einem anderen Tarifvertrag trage die WSW. Es werde ein Vertrag zur Beauftragung von Dienstleitungen mit der WSW geschlossen.

Es sei geplant den Durchführungsbeschluss zum Jahresende zu fassen und die Maßnahmen zum Anfang des Jahres umzusetzen. Hierbei würden der GMW-Personalrat eingebunden und alle Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechte gewahrt.

Die Stv. Herhaus beantragt der Betriebsausschuss solle keine Empfehlung abgeben.

Der Stv Stergiopoulos möchte wissen welche Vorteile die Mitarbeiter haben würden. Herr Dr. Slawig hebt Kündigungsschutz, sichere Arbeitsplätze sowie Gehaltssicherheit hervor.

Die Stv. Brücher erfragt den Grund für den Zeitdruck. Die Schließung des Kraftwerks sei absehbar gewesen. Die neue Drucksache werfe neue Fragen auf weshalb sie den Wunsch äußert die Drucksache zu vertagen. Sie möchte vor diesem Hintergrund wissen um welche Dienstleistungen es gehe und ob davon auch die Hausmeistertätigkeiten betroffen seien. In der ersten Drucksache sei eine Angabe von 150 Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen gemacht worden, in der Neufassung stehe keine Anzahl. Des Weiteren erfragt sie den Umgang mit Umsatzsteuerpflicht und Personalkostenzuwachs innerhalb der GmbH. Zuletzt möchte Sie wissen ob eine Mittelfristige Finanzplanung vorgenommen worden sei.

Herr Tent bemängelt, dass die Mitarbeitervertreter/-innen des GMW im Ausschuss nicht gesondert informiert worden seien. Er kündigt daher für alle fünf Anwesenden stellvertretend an die Drucksache nicht zu empfehlen.

Frau Wiese (Verdi) bekundet ihre Irritation darüber, dass bei der Gewerkschaft bisher keine Informationen zu der Angelegenheit eingegangen seien.

Herr Dr. Slawig erwidert daraufhin, dass es mehrere Gespräche mit Herrn Kolle gegeben habe in denen über die Inhalte und Ziele informiert worden sei. Am Freitag, den 29.06.18 habe das zuvor angeführte Gespräch zwischen ihm, Dr. Flunkert und dem GMW-Personalrat stattgefunden. Er äußert seine Verwunderung darüber, dass die Informationen nicht weitergetragen wurden. Zu den vorangehend gestellten Fragen führt er auf, dass die Einbeziehung der Hausmeister nicht vorgesehen sei, die Zahl der Mitarbeiter in der ersten Fassung der Drucksache missverständlich gewesen sei und die aktuelle Version umfasse ausschließlich die Mitarbeiter/-innen der beiden Werkstätten. Die anfallende Umsatzsteuer kompensiere die WSW über Synergieeffekte, betriebsbedingte Kündigungen gebe es nicht und die Mittelfristige Finanzplanung sei durch die WSW zu erstellen.

Die Stv. Röder erfragt bei Herr Dr. Flunkert die Auswirkungen für das GMW.

Herr Damaschke kritisiert den sehr kurzen Zeitabstand zwischen der Information des Personalrates-GMW am vorigen Freitag bis zum Sitzungstag.

Herr Geisendörfer äußert seinen Unmut über die Angelegenheit und erfragt weshalb die Veränderung nicht in der Form vorgenommen würde, dass das GMW die Mitarbeiter/-innen der WSW übernimmt. Er wünschte es läge ein Businessplan vor und Herr Feicht stünde in der Sitzung für Fragen zur Verfügung. Er äußert, dass der Strom auch durch die WSW geliefert werden müsste, selbst wenn andere Anbieter günstiger seien.

Auf die Frage von der Stv. Röder führt Herr Dr. Flunkert an, dass die detaillierten Auswirkungen zum jetzigen Zeitpunkt nicht seriös eingeschätzt werden könnten. Hierfür bliebe der Grundsatzbeschluss abzuwarten.

Des Weiteren sei die Definition der Leistungen noch zu klären. Er erklärt, dass es sich bei der vorliegenden Drucksache um den Grundsatzbeschluss zur Annahme eines Prüfauftrages handele. Im Rahmen der darauffolgenden Prüfung würden Details geklärt.

Der Stv. Graf weist darauf hin, dass der Rat die ursprüngliche Vorlage lediglich zur Kenntnis erhalten sollte, in der aktuellen Drucksache jedoch entscheiden solle.

Es handele sich nicht um ein Geschäft der laufenden Verwaltung, sondern um ein Entscheidungsrecht des Rates und somit um das übliche Verfahren erwidert Herr Dr. Slawig.

Die Stv. Röder kündigt an ihre Empfehlung nicht geben zu wollen und begründet dies damit, dass sie eine Beschlussfassung sinnvoller fände, die die Ausarbeitung eines Projektes zum Inhalt habe, das wiederum die Gründung einer GmbH verfolge. Sie wünscht zunächst alle notwendigen Informationen, wie z. B. einen Businessplan.

Die Vorsitzende Warnecke stellt dar, dass es sich bei der vorliegenden Drucksache um einen Grundsatzbeschluss handele. Dies bedeute zunächst eine Prüfung der Angelegenheit vorzunehmen auf die auch eine ablehnende Entscheidung folgen könne. Die Drucksache entspreche einer Absichtserklärung und erst im Anschluss daran folge ein Durchführungsbeschluss.

Herr Dr. Slawig beschreibt, dass es sich nicht um ein unfertiges, sondern um ein intensiv vorbereitetes Projekt handele. Es seien zuvor juristische und wirtschaftliche Fachleute beteiligt worden. Der Vorstand der WSW habe der Angelegenheit aus strategischen und wirtschaftlichen Zielen zugestimmt. Es handele sich um eine große Chance für die Stadt Wuppertal.

Die Stv. Herhaus bemerkt, dass eine 27%ige Verteuerung zunächst einmal kompensiert werden müsse. Sie sei weiterhin gegen eine Empfehlung.

Herr Geisendörfer gibt eine Zahl von 80 Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen bei der WSW-Werkstatt und von 40 Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen bei der GMW-Werkstatt an und wünscht mehr Informationen

zum Verhältnis der Mitarbeiterzahlen bei gleichem Betätigungsfeld. Er kritisiert das Fehlen von Informationen.

Herr Tent ergänzt seine vorangegangenen Ausführungen um die Information, dass er nicht generell gegen das Vorhaben sei, die Drucksache aber mit zu wenig Vorlaufzeit behandelt werden solle. Daher empfehle er diese weiterhin nicht.

Herr Damaschke äußert die Sorge, dass die betroffenen Mitarbeiter/-innen der WSW und des GMW möglicherweise doch finanzielle Einbuße zu beklagen haben würden.

Der Stv. Hahnel-Müller bemängelt die fehlende Transparenz im Vorfeld dieses Grundsatzbeschlusses. Er wüsste gerne welche Modelle mit welchen Konsequenzen verbunden wären und wünschte eine andere Vorgehensweise.

Herr Dr. Flunkert weist daraufhin, dass die WSW eine Holding GmbH sei für die das GMW nicht arbeiten dürfe.

Herr Dr. Slawig reagiert auf Herrn Damaschkes Sorge mit der Information, dass der TVV für die Betroffenen Mitarbeiter/-innen in keinem Punkt schlechter sei als der TVÖD. Die neue Situation biete bessere Standards.

Er stellt den Ablauf der bisherigen Planungen dar. Zunächst habe es erste Gespräche zwischen Dr. Flunkert, Herrn Feicht und ihm gegeben um die Idee zu formulieren. Anschließend habe man die Idee intensiv geprüft und geklärt ob es generell möglich wäre. Als man zu einem positiven Ergebnis gekommen sei, habe man die Bezirksregierung eingebunden um die Zulässigkeit prüfen zu lassen. Die Prüfung bei der Bezirksregierung habe länger gedauert als erwartet.

Die Abschaltung des Kraftwerks sei seit längerem bekannt. Eine „Inhouse-Vergabe“ in Form einer Beauftragung der WSW sei innerhalb des europäischen Vergaberechts nicht möglich. Die Zeit sei nun knapp weil der Strom auch jetzt schon nicht mehr aus dem Kraftwerk geliefert werde. Auf eine Ausschreibung würde verzichtet wenn am Ende des Jahres der Durchführungsbeschluss positiv beschieden würde.

Er erklärt seine Überzeugung von dem Konzept. Es handele sich um einen Grundsatzbeschluss.

Der Stv. Stergiopoulos äußert sich skeptisch dazu einen positiven Grundsatzbeschluss zu fassen ohne die Risiken zu kennen.

Herr Dr. Slawig verweist auf die Drucksache in der die Risiken beschrieben seien. Diese lägen ausschließlich bei der WSW.

Sollte kein positiver Grundsatzbeschluss gefasst werden, würden keine weiteren Beratungsaufträge an Externe vergeben schließt er seine Ausführungen.

Er verfüge weiterhin über zu wenig Hintergrundwissen hält Herr Stergiopoulos fest.

In der Vorlage seien alle Ergebnisse dargestellt, die zum jetzigen Zeitpunkt bekannt seien erwidert Herr Dr. Slawig.

Die Stv. Brücher empfindet es als bemerkenswert, dass fraktionsübergreifende Einigkeit darüber bestehe, dass zu wenige Informationen vorlägen. Möglicherweise verfügten die WSW über mehr Hintergrundwissen, stellt sie in den Raum.

Sie würde gerne wissen was den Wegfall des Kraftwerks kompensiere? Sie wünscht sich ein konkreteres und transparenteres Verfahren.

Herr Geisendörfer möchte von dem Projekt überzeugt werden und hält eine Gegenüberstellung der Daten von WSW und GMW für angebracht.

Herr Dr. Slawig stellt es den Anwesenden frei bei Nichtüberzeugung die Drucksache abzulehnen. Die WSW verfügten über die gleichen Informationen. Lediglich der Business-Case sei zudem dem Aufsichtsrat vorgelegt worden.

Der Stv. Hahnel-Müller erfragt die Zeitachse. Es handele sich um eine übergreifende Angelegenheit die zu betrachten, jedoch aufgrund der geringen Information, schwer zu beurteilen sei. Ab welchem Zeitpunkt würden die Risiken, auch für die WSW, zu groß? Ab wann müsste ausgeschrieben werden? Möglicherweise sei die knappe Zeit damit begründet.

Auch die Vorsitzende Warnecke möchte wissen wie viel Zeit verbleibe um sich mit der Angelegenheit zu beschäftigen. Zudem möchte sie erfahren ob es problematische Folgen habe die Drucksache zu vertagen und eine Empfehlung in der September Beratungsfolge abzugeben.

Hierbei handele es sich um eine juristische Bewertung die er nicht auf Zuruf beantworten könne, erwidert Herr Dr. Slawig. Er sagt zu eine Antwort bis zur Hauptausschusssitzung am folgenden Tag zu geben.

Herr Damaschke wiederholt die Kritik an den fehlenden Informationen und der mangelnden Zeitschiene.

Herr Dr. Flunkert klärt darüber auf, dass es übliches Verfahren sei den Personalrat zu informieren mit der Bitte die Informationen zu streuen. Dies sei geschehen. Es sei jedoch unüblich zudem die Mitarbeitervertreter/-innen des Gremiums zu informieren. Bei Vorliegen der Druckdache sei es den Mitarbeitervertretern/-innen möglich gewesen Informationen einzuholen.

Herr Tent erinnert daran, dass er bereits in der letzten Sitzung des Betriebsausschusses nach mehr Informationen gefragt habe und es daher schön gefunden hätte diese schon zu diesem Zeitpunkt zu erhalten. Es stellten sich für ihn nun immer mehr Fragen, wie z. B. was mit der neuen GmbH in einigen Jahren passiere wenn sie nicht lukrativ sein sollte. Er bemängelt die knappe Beratungsmöglichkeit innerhalb der Zeit von Freitag bis Dienstag.

Herr Geisendörfer stellt fest, dass das Vertagen der Drucksache dem Beschluss der letzten Sitzung des Betriebsausschusses entsprechen würde.

Die Stv. Herhaus erinnert ebenfalls daran, dass bei der letzten Sitzung das Vertagen empfohlen wurde und informiert, dass ihrer Fraktion seitdem nicht möglich gewesen sei Informationen zu sammeln.

Der Stv. Stergiopoulos stellt klar, dass er keine Schwarz-/Weißentscheidung wünsche, er aber mit "Bauchschmerzen" keinen Beschluss fassen wolle.

Sie erwarte neue Informationen zur folgenden Ratssitzung am Montag erklärt die Stv. Herhaus.

Die Vorsitzenden schließt die Diskussion mit dem Vorschlag den Hauptausschuss und Rat aufzufordern die Drucksache zu vertagen. Sollten wichtige Gründe aus der nachzureichenden Ausführung von Herrn Dr. Slawig gegen das Vertagen sprechen, könnten Hauptausschuss und Rat eine abweichende Entscheidung treffen.

---

**1 Gründung eines neuen Tochterunternehmens der WSW Wuppertaler Stadtwerke GmbH  
Vorlage: VO/0405/18-Neuf.**

Beschluss des Betriebsausschusses Gebäudemanagement vom 03.07.2018:

Der Ausschuss empfiehlt den nachfolgenden Ausschüssen (Ausschuss für Finanzen, Beteiligungssteuerung und Betriebsausschuss WAW, Hauptausschuss und Rat) die Drucksache auf die September-Sitzungsfolge zu vertagen. Herr Dr. Slawig sichert zu bis zum 04.07.18 mitzuteilen ob das Vertagen in den

September ein Problem bei der Sicherstellung Stromversorgung bringt, sodass der Rat diese Information in seine Entscheidungsfindung einfließen lassen kann.

Warnecke  
Vorsitzende

Birkenstock  
Schriftführerin